

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Annahme der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklamzeile 25 Goldpfennige. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Zahlbar innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 251.

Altensteig, Freitag den 24. Oktober.

Jahrgang 1924

## Bezugs-Erneuerung

nicht vergessen!

Wir bitten unsere geschätzten Leser, die Bestellung für den Monat November auf unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ sofort bei ihrem Postamt oder ihrem Postboten zu erneuern.

## Allerlei Partei-Mißlänge.

Das Schreiben der ausgeschiedenen demokratischen Abgeordneten.

Berlin, 23. Okt. Das Schreiben, das die aus der Deutschen demokratischen Partei ausgeschiedenen Reichs- und Landtagsabgeordneten an den Parteivorstand richteten, hat folgenden Wortlaut:

„Durch die Entwicklung, die die Deutsch-dem. Partei in der letzten Zeit genommen, hat sie sich mehr und mehr von der Grundlage entfernt, auf der sie errichtet worden ist. Sie wurde nach dem Umsturz in der Absicht geschaffen, durch Begründung einer großen liberalen Partei die viel beklagte Zerplitterung des deutschen Liberalismus endlich zu überwinden und eine verfassungstreue bürgerliche Mittelpartei ins Leben zu rufen. Als solche war sie von der weitaus größten Zahl ihrer Begründer und ersten Mitglieder gewollt. Es lag durchaus in dieser Richtung, daß die Partei jahrelang mit der Sozialdemokratie zusammenarbeitete und auf ihre Heranziehung zu den Staatsgeschäften ausschlaggebenden Wert legte. Dagegen fehlte eine entsprechende Haltung nach der anderen Seite. Die Zurückweisung des Zusammenwirkens mit der Deutschnationalen Volkspartei wurde geradezu zum Grundgesetz. Sie erfolgte wie sich gerade jetzt deutlich gezeigt hat, auch dann, als diese Partei sich bereit erklärte, auf den Boden der Verfassung und der von den Mittelparteien bisher getriebenen Politik zu treten und durch die Beibehaltung der für diese Politik maßgebenden Personen hierfür Garantie zu leisten. Diese einseitige Entwicklung zeigte sich auch in der Stellungnahme zu den großen sachlichen Problemen der Politik. Nach außen trat ein übertriebener, für berechnete nationale Empfindungen oft verständnisloser und sie nicht selten verletzender Pazifismus, nach innen ein abstrakter Dogmatismus und die Hinneigung zu einer einseitigen Konsumentenpolitik in den Vordergrund und entfremdete der Partei in ihrer steigenden Nähe alle die Elemente, die sich von der Grundlage einer geschichtlich und wirtschaftlich bodenständigen Politik nicht abdrängen lassen wollten. Zu ihnen gehören wir; und weil wir uns der Erkenntnis nicht länger verschließen können, daß die Gegenseitigkeit unserer Anschauungen — nicht sowohl in den Grundfragen, als vielmehr in der Haltung der Partei — zu groß geworden ist, als daß ein wahrhaft uns befriedigendes Zusammenarbeiten in und mit ihr auch weiterhin möglich erschiene, sehen wir uns genötigt, unseren Austritt aus der Partei zu erklären.“

**Brief der bayerischen Demokraten an Dr. Stresemann.**  
München, 23. Okt. Die Deutsch-dem. Partei Münchens und Südbayerens richtet an den Außenminister Dr. Stresemann in der „Allgemeinen Zeitung“ folgenden offenen Brief:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister! In einer Kundgebung der Deutschen Volkspartei wird unter anderem gesagt, bei der Haltung und den Entschlüssen der Deutsch-dem. Reichstagsfraktion in der Frage der Regierungserweiterung hätten Einflüsse internationaler Trufts eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Diese Trufts hätten die Reichstagsauflösung verschuldet. Diese Sätze enthalten eine so ungenügende Aufschuldigung einer ganzen Fraktion, daß in aller Öffentlichkeit erklärt werden muß, auf welche bestimmten Unterlagen — sachlicher und persönlicher Hinsicht — dieser Vorwurf ruht. Herr Reichsminister, da Sie an den Verhandlungen über die Frage der Regierungserweiterung an führender Stelle beteiligt waren, sind Sie zweifellos in der Lage, uns raschestens rückhaltlose Auskunft zu geben. Sollten Beweise für die erhobenen Anschuldigungen nicht vorliegen, so beweisen wir keinen Augenblick, daß Sie unverzüglich die Zurücknahme so schwerer Ehrenschuldigungen veranlassen werden. Wir glauben zu unserem

Erwachen um so mehr ein Recht zu haben, als wir Ihre gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei geführte Politik des Reiches stets nachdrücklich mitverfochten haben, lange Zeit als einzige Partei im rechtsrheinischen Bayern, noch zu einer Zeit, als diese Politik und Sie persönlichen gehässigen Angriffen auch aus den Reihen Ihrer eigenen Partei ausgeht waren. Wir ersuchen Sie ganz ergebenst um Mitteilung mit der Bemerkung, daß Sie diese Anträge in Anbetracht der ganzen Sachlage selbstverständlich als eine öffentliche ansehen.“

**Bei der Deutschen Volkspartei.**

Berlin, 23. Okt. Das Organ des Außenministers Stresemann, die „Zeit“, sagt u. a.:

Die Deutsche Volkspartei hat sich nicht bereit erklärt, mit Parteien zusammen zu gehen, die in Bezug auf die Stellung zum Staat eine bejahende Haltung einnehmen und den Staat dann derartig angreifen, wie es die Deutschnationalen in ihrer Wahlumgebung getan haben. Wir bedauern außerordentlich, daß in dem Wahlauftrag der Deutschnationalen der Kampf gegen die Juden als Ziel des Wahlkampfes hingestellt wird. Das alles erschwert die Durchführung der Ideen, um deren willen der Kampf in den letzten Wochen begonnen hat. Dabei braucht nicht erst betont zu werden, daß die Deutsche Volkspartei als liberale Partei besonders mit Religionshege und Klassenhege nichts zu tun hat. Wir hoffen, daß die amtliche Parteileitung Veranlassung nehmen wird, in ihrem Aufruf das Einigende mehr zu betonen als das Trennende.

**Bei den Deutschnationalen.**

Berlin, 23. Okt. Graf Westarp, einer der maßgebenden Führer der Deutschnationalen Volkspartei, hat in einer Versammlungsrede zu Berlin-Wilmersdorf gesagt:

„Es ist falsch, wenn man sagt, wir hätten die Richtlinien des Kanzlers vorbehaltlos anerkannt. Wir haben uns insbesondere mit dem Satz über den Eintritt in den Völkerbund nicht einverstanden erklärt. Auch die übrigen Punkte der Richtlinien haben wir nur als Verhandlungsgrundlage angenommen. Eine falsche Voraussetzung ist es auch, wenn behauptet wurde, die Deutschnationalen seien umgefallen und bereit, die Außenpolitik in der bisherigen Form weiterzuführen. In den Richtlinien ist diese Forderung auch nicht aufgestellt, da wir uns nie darauf eingelassen hätten. Die Richtlinien enthalten nur die Feststellung, daß die von unserer Abmachungen endgültig und bestimmend für die Außenpolitik sein müssen. Unsere Kritik an dem Londoner Kommen halten wir voll aufrecht.“

**Beim Zentrum.**

Es ist eine noch viel zu wenig beachtete Tatsache, mit welcher übermächtigen Mehrheit sich das Zentrum für die Rechtserweiterung der Reichsregierung ausgesprochen hat. In der entscheidenden Fraktions Sitzung waren von 65 Abgeordneten 61 anwesend. Stimmenthaltung wurde von keinem Mitglied der Fraktion geübt. Es stimmten für die Einbeziehung der Deutschnationalen in das Reichskabinett 18 Abgeordnete, dagegen nur 13. Es kommt hinzu, daß von den politischen und geistigen Führern der Partei fast alle mit Ja gestimmt haben. Zu den Reinsägern gehören, laut „D. Allg. Ztg.“, außer dem katholischen Sozialdemokraten Birth von den bekannteren Politikern nur noch Zoos und Imbusch. Der Reichskanzler Marx stimmte gleichfalls mit dem linken Flügel. Aber das ist wohl auf die sonderbaren Jongleurkünste zurückzuführen, die er mit den Begriffen der „Volksgemeinschaft“ getrieben hat. Weitergehende politische Schlüsse aus seiner Abstimmung zu ziehen, dürfte nicht am Platze sein. Die Bedeutung dieser Abstimmung muß mit aller Klarheit herausgearbeitet werden. Die erdrückende Mehrheit der Zentrumsfraktion wünscht danach, in Uebereinstimmung mit den Ansichten der Wählerschaft, keineswegs, sich der Sozialdemokratie auf Gedeih und Verderben zu verbinden.

## Vorbereitungen des Wahlkampfes.

Der Vorstand der Deutsch-demokratischen Partei hat für den 2. November einen außerordentlichen Parteitag nach Berlin einberufen. Der Grund für diesen Parteitag ist der Austritt einiger Abgeordneter der Fraktionen des Reichs- und des Landtags aus der Demokratischen Partei. In dem Aufruf der demokratischen Parteileitung heißt es u. a.:

„Die Gegner der deutschen Demokratie glauben frohlocken zu können, weil im Zusammenhang mit den politischen Entscheidungen dieser Tage einige Abbröckelungen in der Deutsch-dem. Partei stattgefunden haben. Wir wollen zeigen, daß die deutsche Demokratie nicht tot ist, sondern le-

bendig wirkt und schafft, erfüllt von dem Willen, die demokratische Idee zu einer Wahrheit unseres staatsbürgerlichen Lebens zu machen. Die Demokratie ist härter als je. In einer wuchtigen Kundgebung wollen wir zeigen, daß die Demokratische Partei einig, geschlossen und siegesfähig ist.“

Der Parteitag des Zentrums, der ursprünglich in Frankfurt a. M. stattfinden sollte, ist nach Berlin verlegt worden. Als Tage sind der 26. und 27. Oktober festgelegt worden. Am 27., normittags, werden der Reichskanzler Dr. Marx und der Reichstagsabgeordnete Fehrenbach über die politische Lage referieren.

Die Deutsche Volkspartei hält am 16. November in Dortmund einen außerordentlichen Parteitag ab.

Die Wirtschaftliche Vereinigung (Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, Bayerischer Bauernbund und Deutschhannoveraner) werden eine einheitliche Reichsliste aufstellen.

Die Deutschnationalen Volkspartei hat für Montag dem Parteivorstand, die Mitglieder der bisherigen Reichstagsfraktion, die Mitglieder der Landtagsfraktion und die Vorsitzenden der Landesverbände zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen, in der die Kandidatenliste besprochen werden soll. Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ soll ferner in dieser Sitzung der eigentliche Wahlauftrag abgefaßt werden. Der jüngst veröffentlichte Aufruf, der übrigens von der „Zeit“ wegen des darin zum Ausdruck kommenden Gesinnunges zur Politik der Deutschnationalen Volkspartei in den letzten Wochen einer scharfen Kritik unterzogen wird, ist, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ hört, nicht als Wahlauftrag, sondern als abschließende Äußerung zur Auflösung des Reichstages zu werten. Die Vaterländischen Verbände erlassen einen Wahlauftrag, der mit der Aufforderung schließt: „Wie wieder Sozialdemokratie!“

## Neues vom Tage.

**Die Arbeitszeitfrage.**

Berlin, 23. Okt. Der Reichswirtschaftsrat hat zur Bearbeitung der Arbeitszeitfrage einen besonderen Ausschuss eingesetzt. Laut „Berliner Tageblatt“ versucht dieser Ausschuss, zunächst den § 7 der Arbeitszeitverordnung neu zu formulieren. Es handelt sich hier insbesondere um die Feststellung der Berufe, für die der Achtstundentag ausnahmslos im künftigen Arbeitszeitgesetz gesichert werden soll. Inzwischen schreitet im Reichsarbeitsministerium, wie das Blatt hört, unbeeinträchtigt durch die Auflösung des Reichstages, die Arbeiten zur Neugestaltung eines deutschen Arbeitszeitgesetzes fort.

**Die Räumung.**

Esersfeld, 23. Okt. Am Mittwoch wurden außer Dortmund und Hörde auch das Gebiet von Bohwinkel, Remscheid, Wipperfurth, sowie der Gebietsstreifen nordöstlich und östlich der Grenze des Brückenkopfes von Köln geräumt.

**Hessische Wahlen am 7. Dezember.**

Darmstadt, 23. Okt. Der Landtag hat beschlossen, die Wahlen zum hessischen Landtag auf den Tag der Reichstagswahl zu legen. Die Wahlen finden nun nicht am 16. November, sondern am 7. Dezember statt.

**Die Friedrichshafener Zepfelnwerst.**

Paris, 23. Okt. Wie der „New York Herald“ mitteilt, soll die amerikanische Regierung nicht die Absicht haben, amtlich für die Aufrechterhaltung der Friedrichshafener Werst einzutreten. Es sei jedoch möglich, daß sie halbamtlich den deutschen Standpunkt in dieser Frage unterstützen soll. Die amerikanische Regierung werde sich, wie das Blatt meint, über die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten zu dieser Frage unterrichten. Das amerikanische Publikum sei offensichtlich günstig für Deutschland gestimmt, aber in den Kreisen des Flugdienstes und der Armee sei die Meinung über diesen Punkt ziemlich geteilt.

**Hilfsaktion für die notleidenden Sparer.**

Berlin, 23. Okt. Im Berliner städtischen Haushaltsausschuss wurde über eine Hilfsaktion für alle notleidenden Sparer und über Beihilfen zum Wohnungsbau, sowie über Anträge für die Erhöhung der städtischen Vorbehaltsmittel verhandelt. Es wurde beschlossen, über 65 Jahre alten Sparer die Guthaben auf 10 Prozent aufzuwerten; doch darf der Einzelbetrag 100 Mark nicht übersteigen. Gleichzeitig wird der Magistrat ersucht, für notleidende Sparer unter 65 Jahren und für bedürftige Mängel eine besondere Vorlage wegen Aufwertung anzuarbeiten.

Die Kontrolle.

Berlin, 23. Okt. In der Woche vom 13. bis 18. Oktober wurden von den interalliierten Kontrollkommissionen aufgesucht 24 Truppeneinheiten, 31 Heeresanstalten und Verwaltungsbetriebe, 42 Polizeistellen und 30 Firmen und Fabrikbetriebe. Außerdem fand ein nicht angefügter Besuch bei einem Truppenteil in Dessau statt.

Prozess Conal.

Leipzig, 23. Okt. In der zweiten Sitzung des Prozesses gegen Hoffmann und Genossen wird dem Angeklagten Wegelin zur Last gelegt, bei seiner Entlassung als Zeitsfreiwilliger in Leipzig eine Maschinenpistole mit Munition mitgenommen und im Keller des mütterlichen Hauses verborgen zu haben. Wegelin erklärt, auf Drängen seiner Mutter die Einwilligung zum Wegschaffen der Maschinenpistole durch einen Zwangsmieter im Hause Wegelins namens Dietrich gegeben und die Waffe selbst verpackt zu haben. Das Geschehene vor Ablauf der Frist, innerhalb der seinerzeit die Waffen abzuliefern waren. Der Angeklagte Hoffmann erklärte auf Befragen des Vorsitzenden, daß er mit dem Rathenau- und Scheidemannattentat nichts zu tun hatte. Dem schlossen sich die übrigen Angeklagten an. Auf Veranlassung des Reichsanwaltes befragt, erklärte der Angeklagte Killinger, daß er sich als Vorgesetzter der Verbindung betrachte.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 23. Okt.

Der Landtag setzte Mittwoch nachmittag die Staatsberatung fort. Zunächst kamen die Unionsparteien zum Wort, wobei naturgemäß die Reichstagsauflösung und die Neuwahlen zum Reichstag die Reden in wahlplattentorischen Sinne stark beeinflussten. Der Abg. Pfleger (Soz.) sprach von der Wandlungsfähigkeit des Staatspräsidenten, nannte die Deutsche Volkspartei die Fraktion Drehscheibe und wünschte Auskunft über die Haltung der württ. Regierung bezüglich des deutsch-polnischen Handelsvertrages, wobei der Staatspräsident durch Hinzufügen die Presseberichte darüber als aufgelegten Schwindel bezeichnete. Pfleger wies ferner auf die Not der Arbeiter und der älteren Beamten hin, wünschte Auskunft über die Maßnahmen gegen die Teuerung der Lebenshaltung, baldigste Reform der Wegzinsverwaltung, rügte die Entlassung des Berliner Gesandten Hildenbrand, bemängelte die Haltung der Regierung bei der Gefallenen-Gedenkfeier und der Verfassungsfeste, verwarf die Justiz das Vertrauen anwaltlich der Urteile gegen die Arbeiter und erwirkte schließlich auch Neuwahlen zum württ. Landtag, da das Kabinett Bazille im Volke keine Mehrheit mehr habe.

Der Abg. Müller (Komm.) wandte sich namentlich gegen die Bekämpfung der Kommunisten durch Polizei und Justiz und erhielt zwei Ordnungsrufe, als er den Landtag eine brutale Polizeianstalt und den Staatsgerichtshof eine Guillotine gegen die Arbeiterschaft nannte.

Bei der Staatsberatung am Donnerstag wies zunächst Staatspräsident Bazille die gegen die Regierung gerichteten Angriffe zurück, wobei es wiederholt zu großem Lärm und erregten Szenen kam, sodaß der Präsident in zahlreichen Fällen teilweise mit Ordnungsrufen eingreifen mußte. Der Staatspräsident wandte sich zunächst gegen den Vorwurf der Wandlungsfähigkeit und wies darauf hin, daß wenn der Londoner Vertrag abgelehnt worden wäre, ein zweiter wohl niemals zustande gekommen sein würde. Die Reichstagsauflösung bezeichnete er als ein Unglück. Man hätte nicht den Reichstag auflösen, sondern den Reichspräsidenten neu wählen sollen. Das parlamentarische System werde am meisten von denen sabotiert, die es eingeführt haben. Weiterhin erläuterte der Staatspräsident die dem Berliner Gesandten in Bezug auf die Dawesgesetze den

deutsch-spanischen Handelsvertrag und den Schußpaß abgegebenen Instruktionen. Dem Eisenbahngesetz sollte unter einer Rechtsüberwachung hinsichtlich des Rechts Württembergs aus dem Staatsvertrag mit dem Reich zugestimmt werden, um unter der Voraussetzung, daß das Reich Entschädigungen für die württ. Eisenbahnen gewährt, die württ. Anleihen in vollem Wert anzuerkennen. Der Redner wies dann u. a. auch darauf hin, daß der frühere demokratische Finanzminister Schall eine Rüge des Reichsfinanzministers eingekleidet habe, ohne sich zu wehren, sodaß man sich nicht wundern dürfe, wenn Württemberg im Reichsrat nicht die ihm gebührende Achtung fand. Ferner rechtfertigt der Staatspräsident das Besetzen der Staatsgebäude mit Schwarz-Rot, weil die württ. Regimenter nicht unter Schwarz-Rot-Gold in den Kampf zogen. Bei der Verfassungsfeste war Schwarz-Rot-Gold geflaggt, das württ. Volk sehr übergangs nicht ein, warum gerade die Weimarer Verfassung gefeiert werden solle, die ohne die Studentendebattillone und die Offiziere bald zusammengebrochen wäre. Schließlich befahte sich der Staatspräsident noch mit dem Fall Hildenbrand. Die Abberufung des früheren Berliner Gesandten erfolgte in aller Form zu Recht, aber nicht aus politischen Gründen, sondern weil Hildenbrand nicht imstande war, seine Pflichten zu erfüllen, denn er hatte nicht die notwendige fachliche Ausbildung. Die Schule der parlamentarischen Oberflächlichkeit sei nicht gleichbedeutend mit vieljährigem wissenschaftlichen Studium und langer Praxis. In fünf aus den Ältesten ermittelten Fällen hatte sich Hildenbrand schwere disziplinarische Verfehlungen durch instruktionswidriges Handeln zuschulden kommen lassen. So seien die Versammlungsbestimmungen im Gesehe zum Schutz der Republik nur dadurch Gesehe geworden, weil Hildenbrand ordnungswidrig abstimme. Der Fall Hildenbrand sei einer der größten Skandale in der Geschichte der württ. Beamtenschaft. (Lärm links. Beifall rechts.)

Abg. Scheel (Dem.) erklärte, wer es fertig bringe, ein Defizit von 30 Millionen auf 5% herabzudrücken, sei wert, Reichsfinanzminister zu werden. Notwendig sei eine schärfere Belastung der größeren Landwirte. Man brauche übrigens nicht zu allem eine abgeschlossene akademische Vorbildung. Auch der mittlere Beamte könne die Gesetze lesen. Die Einstellung des Staatspräsidenten sei weisfremd und unrichtig. Hildenbrand dürfe nur abberufen werden, wenn man ihm eine andere Verwendung im Staatsdienst gab. Das Besoldungsgesetz müsse aufgehoben und den unteren Beamtengruppen eine bessere Bezahlung gewährt werden. Die Stellung der württ. Regierung zum polnischen Handelsvertrag sei einseitig agrarisch und entgegen der Wünsche der württ. Industrie. Eine Neuwahl des Landtags sei sehr wohl zu überlegen. Der Finanzminister müsse konkrete Vorschläge zur Deckung des Defizits machen. Ferner sei zu fordern eine durchgreifende Verwaltungsreform, die Förderung des Wohnungsbau, die Respektierung der Selbstverwaltung der Gemeinden, eine Reform des Fiskuswesens, Förderung der Sozialpolitik und des Schulwesens, gleiches Recht für alle bei Handhabung des Versammlungsrechts, Vereinfachung des Reichssteuerwesens und eine Lösung der Auwertungsfrage. Schließlich sprach der Redner noch für die neue Flagge Schwarz-Rot-Gold und für die Erhaltung der Republik.

Abg. Dr. von Hieber nahm den Abg. Hildenbrand in Schutz. Beim Wechsel der Verhältnisse sei eine direkte Befolgung der Instruktionen nicht immer möglich gewesen. Wenn Hildenbrand anders abstimme, sei er in persönlicher Rücksprache immer gemahnt worden, was aktenmäßig nicht vermerkt wurde. Zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens lag keine Notigung vor. Protestieren müsse er gegen die Bemerkung, daß Württemberg dem Reich gegenüber nicht eine würdige Stellung gehabt habe. Bazille habe einen Satz aus dem Protokoll über eine Sitzung des Staatsministeriums verlesen. Das sei eine neue Praxis von bedenklichen Folgen.

Staatspräsident Bazille erwiderte, er sei der Ansicht, daß wenn Hildenbrand der früheren Regierung nicht gehorcht, er der neuen erst recht nicht gehorcht hätte. Wenn er ein Protokoll verlesen habe, so könne man ihm daraus keinen Vorwurf machen, denn die Politik sei öffentlich und nicht geheim. Auch früher sei im Staatsministerium davon geredet worden, Hildenbrand abberufen. Justizminister Heyerle nicht zustimmend. Das frühere Ministerium habe einen pflichtvergeßenen Beamten nicht abberufen, daraus habe er aber dem früheren Staatspräsidenten keinen Vorwurf gemacht und nur unwahre Pressepolemik habe ihn geäußert, diese Verhältnisse hier klarzulegen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 24. Oktober 1924.

\* Unglücksfall. In letzter Nacht fiel der Schneidlehrling Hermann Kirn, gebürtig von Grömbach, im Schlaf drei Stock hoch aus dem Hause seines Lehrmeisters, des Schneidmeisters Vähler hier. Der Umstand, daß er auf ein eisernes Geländer fiel, schwächte den Sturz ab, so daß der Verunglückte mit einem Schenkelbruch und leichteren Verletzungen davonkam.

— Die neue Zehnspfennigmarke. Die seit einigen Wochen allgemein zur Verwendung kommende neue deutsche Zehnspfennigmarke zeigt das Bild des Schöpfers des Weltpostvereins, einen der bedeutendsten Männer aus der Geschichte deutschen Postwesens. Die Briefmarke trägt die Jubiläumzahl 1874—1924, die Worte „Weltpostverein“ und „D. von Stephan“. Auf Stephens Anregung traten 1874 21 Staaten der Welt in Bern zu einer Konferenz zusammen, die dann den von ihm ausgearbeiteten Weltpostvertrag annahm. Stephan hat im Postverkehr auch die Postkarte eingeführt im Jahr 1870, wozu er schon 1865 die Anregung gab. Heuer sind 50 Jahre her, seit der Weltpostverein gegründet wurde und die schöne deutsche Jubiläumsmarke ist eine sinnige Ehrung für den idealen Deutschen, dessen Werk fortleben wird.

\* Freudenstadt, 23. Okt. (Vom Rathaus.) In der Annahme, daß im nächsten Jahr eine ganz erhebliche Bautätigkeit einziehen wird, hat das Stadtschultheißenamt Fürsorge getroffen, damit genügend Baugelände zur Verfügung steht. Es hat eine Reihe von Bauplänen erworben und sämtliche Grundstückerwerbungen wurden vom Gemeinderat in letzter Sitzung genehmigt. Nachdem die Dawesleihe im Auslande vielfach überzeichnet worden ist, besteht Hoffnung, daß man nunmehr auch inländisches Geld zu erträglichem Zinsfuß bekommen kann. Stadtschultheißenamt wurde ermächtigt, ein langfristiges Darlehen von 150 000 bis 200 000 M. aufzunehmen. Davon sollen 90 000 M. an 30 Vaulustige in Posten von je 3000 M. als Darlehen auf 2. Hypothek verzinslich zum Reichsbankdiskont, gegeben werden, jerner soll der Kaufpreis für den Bauplatz bis zum Bezug des Hauses gestundet werden. Weitere 35 000 M. werden angefordert für den Neubau des unlangst gekauften Gutsbergerschen Hauses beim Rathaus und weitere 25 000 M. für einfache städtische Häuser in der Erzbergstraßeniedlung. Damit könnte die Wohnungsnot in Freudenstadt in der Hauptsache als überwunden betrachtet werden, wobei man davon ausgeht, daß Leute mit hohem Einkommen selber für Wohnungen sorgen sollen. — Fritz Lieb z. Köhle hat der Stadtgemeinde den Kurgarten angeboten. Die Stadtgemeinde erwarb das Gelände zu dem Kurgarten um den Kaufpreis von 40 000 M., hiervon zahlbar je 10 000 M. im Juni und August nächsten Jahres, die restlichen 20 000 M. zahlbar im Jahre 1926. Eine Verzinsung der Kaufsumme erfolgt nicht. — Verfallslos wurde jerner der Verkauf des Schmeltleichen Gartens beim Ein-

Wessen Bild trägt Du im Herzen?

Von Erich Ebenstein.

26.

(Nachdruck verboten.)

Darum allein ging er hin. Seine Reugier wurde nicht befriedigt. Lore war nicht daheim, als er kam. Nur die Mutter.

Und diese machte ihn dann lebend! Ihre ersten Worte: „O wie glücklich wird Lore sein!“ hätten ja allein schon genügt. Aber sie sprach noch viel mehr. Sie deutete an, wie sehr Lore diese Reigung insgeheim erwidere — eine Liebe an den ersten Blick! — welche Hoffnungen sie davon knüpfte — vor ihm, Breda, dem alten Freund des Hauses brauche man ja kein Geheimnis daraus machen.

Wie vor den Kopf geschlagen ging er von dannen. Breda an sich er ihren Anblick wie die Pest.

Und wenn später noch sie und da ein Zweifel in ihm aufstieg an den Worten der alten Gräfin, so war das mit einem Schlag zu Ende, als er erfuhr, Lore Lampelius werde eine Hofdame bei der jungen Prinzessin bestreiten.

Daß man sie ihr weder gern noch ganz freiwillig gab, wußte alle Welt, wenn auch niemand genau die Hebel kannte, die dafür in Bewegung gesetzt worden waren.

In Bredas Augen aber war dies das Siegel von Lorens Schmach. Sie nahm an! Sie konnte das über sich gewinnen!! Was wollte sie damit? Was hoffte sie noch? Das Glück der jungen Ehe zu läden?

So hatte er gedacht bis vor wenig Tagen. Aber nun — Nein. Er mußte sie noch einmal sprechen. Sie — nicht die Mutter! Sein Dienst, die nahe Abreise und seine ehemals freundschaftlichen Beziehungen mochten als Entschuldigung für die unpassenden Stunden dienen.

Obwohl es ihm niemand gesagt hatte, war er doch überzeugt, daß Lore für diesen Abend Urlaub genommen, er sie also zu Hause treffen würde.

Sie mußte zu gut, wie Rosenkranz ihre Wiederherstellung bei Hof beurteilen würde und daß er unfähig war, sich zu verstellen. Wie würde sie sich freiwillig seinem rüchenden Blick ausliehen.

Aber Breda hatte seine Rechnung ohne den Wirt, d. h. ohne die alte Gräfin Lampelius gemacht.

Als er kurz nach sechs Uhr der ihm dienstenden Aufwartefrau seine Karte gab und in den Salon geführt wurde, fand er bloß die alte Gräfin dort.

Sie empfing ihn sehr kühl und bedauerte, daß ihre Tochter seinen Abschiedsbefuch nicht gleichfalls entgegen nehmen könnte, da sie lebend sei und zu Bett liege.

Was nun? Verzögert und enttäuscht trat er den Heimweg an. Er war überzeugt, daß Lore gar nichts von seinem Besuch erfahren hatte und die Gräfin wieder etwaa auf eigene Faust Schicksal gespielt hatte. Doch änderete dies nichts an der Tatsache, daß es ihm nun kaum mehr möglich sein würde, sie zu sprechen.

Nach der Art wie Lore das letztemal von ihm geschieden war, würde sie ihm gewiß fortan keinen Schritt entgegen tun, und ihr auf der Gasse aufzulauern, dazu fehlte es ihm an Mut, aber auch an Zeit.

Selbstmeweise hatte der Mißerfolg seine Sehnsucht, sie zu sehen, und seinen Glauben, alles müsse noch gut werden, wenn er nur fünf Minuten allein mit ihr sprechen könnte, noch gesteigert.

Während er sich noch den Kopf darüber zerbrach, wie er dies herbeiführen könnte, kam ihm das Schicksal in Gestalt des Herzogs unerwartet zu Hilfe.

Der Herzog, von dem Wunsch befeelt, einerseits die Beziehungen des jungen Paares vor Egon's Abreise noch zu festigen, andererseits sich selbst einen Einblick in dieselben zu verschaffen, sprach den Wunsch aus, das prinzipale Paar samt Gefolge möge den vorletzten Abend bei ihm verbringen.

Diesmal gab es keinen Urlaub weder für Breda noch für Lore Lampelius, denn das Gefolge war ja ausdrücklich mitgeladen.

Uebrigens konnte Breda nichts erwünschter kommen als diese Anordnung. Wenn das Glück ihm nur einigermaßen hold war, mußte sich dabei eine Gelegenheit finden, mit Lore zu sprechen.

In fiebernder Ungeduld verbrachte er den Tag bis zum Abend. Würde sie auch wirklich kommen? Nicht vielleicht die scharfen Augen des Herzogs fürchten und sich im letzten Augenblick krank melden?

Denn der Herzog, der bisher infolge der äußeren Ereignisse, die ihn beständig in Anspruch nahmen, noch keine Zeit gefunden hatte, sich um den Haushalt des jungen Paares zu bekümmern, würde diese erste Gelegenheit, die neuer-nannten Hofdamen im Amt zu sehen, sicherlich nicht ohne scharfe Prüfung vorübergehen lassen.

Besonders Lore Lampelius würde nach allem Vorkergegangenen einen strengen Kritiker in ihm finden. Auch sonst würden alle sie und den Prinzen gewiß lauernd beobachten. Die Situation war ja pikant genug. . . eine baldige Wiederholung durch die bevorstehende Abreise des Prinzen ausgeschlossen. Wenn Lore nun all dem einfach aus dem Wege gehen wollte?

Aber Breda fürchtete diesmal umsonst. Gräfin Lampelius dachte gar nicht daran, sich den beobachtenden Blicken des Hofes zu entziehen. In stolzer Ruhe trat sie mit Fräulein von Neufelden hinter der Prinzessin ein.

Magelone war in Weiß erschienen, was ihre rosige Schönheit voll zur Geltung kommen ließ. Wie damals am Hochzeitstag lag ein Schimmer strahlender Glückseligkeit auf ihrem lieblichen Anblick.

Man bemerkte es allenthalben, daß der Prinz, der ein wenig früher gekommen war, sein Gespräch mit dem Oberhofmeister sofort unterbrach und auf seine Gemahlin zuellte.

Die Lippen des Herzogs umspielte ein befruchtetes Wohlsein. Gottlob, so schlimm wie es damals nach Magelones heftiger Klage den Anschein gehabt, schien es also doch nicht um ihre Ehe bestellt zu sein!

Sein Blick flog unwillkürlich zur Gräfin Lampelius hinüber. Sie stand etwas abseits im Gespräch mit der Erbprinzessin, die zu Ehren ihres Schwagers heute gleichfalls aus Hallenstein heringekommen war, nachdem ihre treue Serena v. Seilern versprochen hatte, nicht von Ahims Bett zu weichen. (Fortsetzung folgt.)



gang zum neuen Friedhof. — Der Ortschulrat hat in seiner vorletzten Sitzung das Bedürfnis nach einer Mädchenschule in der Mittelschule anerkannt. Als Grund für die Errichtung einer Mittelschule wurde angeführt: Der große Andrang der Mädchen in die Realschule, der deutlich ein über den Rahmen der Volksschule hinausgehendes Bildungsbedürfnis weiter Kreise der hiesigen Bürgerschaft zeigt. Er hat den Beschluß gefaßt, vom Frühjahr 1925 ab eine zweiklassige Mittelschule unter Umwandlung von 1 bis 2 außerplanmäßigen in planmäßige Lehrstellen hier zu errichten. Das Rektorat der Realschule begte gegen die Errichtung einer Mädchenmittelschule schwere Bedenken, weil es annimmt, daß dadurch der Realschule viele Mädchen verloren gehen werden. Die Realschule wird zurzeit von 330 Schülern besucht, darunter sind 70 Mädchen, also nicht ganz der vierte Teil. Für die Errichtung einer Volksschule kommt vor allem auch die Gesamtschülerzahl in Betracht. Würde die hiesige Realschule aber die meisten Mädchen verlieren, so läme sie in der Schülerzahl hinter einer Reihe von Städten, welche auch ausbauen wollen und deren Realschulen bis jetzt von der Freudenstädter an Schülerzahl übertroffen werden. Der Gemeinderat hat einstimmig beschloffen, den Beschluß des Ortschulrats auf Errichtung der Mädchenmittelschule beizutreten. — Die Einweihung des neuerstellten Schulhauses findet voraussichtlich am Dienstag den 11. November statt.

**\* Dornstetten, 23. Okt. (Beerdigung.)** Heute Mittwochnachmittag wurde Gutsbesitzer J. Kurz, langjähriges Ausschussmitglied des landw. Bezirksvereins, der seit dem im Jahre 1920 erfolgten Uebergabe seines Hofguts Lattenberg an seinen ältesten Sohn und Schwiegersohn in unserem Städtchen lebte und nach kurzer Krankheit im 72. Lebensjahre gestorben ist, unter sehr zahlreicher Begleitung zur ewigen Ruhe beigesetzt.

**Stuttgart, 23. Okt. (Eine Falschmeldung.)** Von zuverlässiger Seite wird mitgeteilt: Eine Stuttgarter Zeitung verbreitet die Nachricht, daß Präsident Bazille beabsichtigt, die Verwaltungsreform mit einer Titelländerung einzuleiten, indem er die Oberamtämter nach preussischem Muster in „Landräte“ umbenennen wolle. Dies entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Es handelt sich vielmehr um eine der vielen gegen die Regierung verbreiteten Schwindelnachrichten.

**Stuttgart als Tagungsort.** Im kommenden Jahre ist Stuttgart wieder für eine größere Zahl von Tagungen, Ausstellungen und künstlerischen Veranstaltungen in Aussicht genommen und teilweise schon fest bestimmt. Um zu vermeiden, daß Schwierigkeiten wegen der Lokalfrage und wegen Unterbringung der Teilnehmer entstehen, bittet das Städt. Nachrichtenamt um Anmeldung aller Tagungen vor Festlegung der Termine.

**Radiokurs.** Das Landesgewerbeamt veranstaltet unter Leitung seiner Technischen Beratungsstelle in der Zeit vom 3. November bis 15. Dezember 1924 in Stuttgart einen Abendkurs über Radiotechnik mit Vorführungen und Experimenten. Anschließend an den Kurs kann die Prüfung zur Erlangung der Audion-Berufsbescheinigung vor dem Prüfungsausschuß des Oberdeutschen Handwerksabgeleget werden. Anmeldungen zu dem Kurs bis 28. Okt. ds. Jrs. beim Sekretariat des Landesgewerbeamts in Stuttgart.

**Göppingen, 23. Okt. (Ehrenbürger.)** In dankbarer Anerkennung der bleibenden Verdienste des Dekanatsrats V. Vogt um die hiesige Gemeinde wurde ihm vom Gemeinderat das Ehrenbürgerrecht verliehen und die Ehrenbürgerrechtsurkunde an seinem 70. Geburtstag überreicht.

**Freiburg, 23. Okt. (Rückkehr der Besatzung des R. R. 3.)** Die Rückkehr der Besatzung des R. R. 3 dürfte erst um die Mitte des Monats November erfolgen. Bei ihrer Ankunft wird ihr die Stadtverwaltung einen feierlichen Empfang bereiten.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.**

In Ehlingen waren am 1. Oktober insgesamt 419 verheiratete Familien ohne selbständige Wohnung.

In Lauffen a. N. kam der etwa 35 Jahre alte ledige Landwirt Strig beim Bremsen seines mit Angeren beladenen Wagens unter die Räder, wodurch ihm ein Fuß abgedrückt wurde. Der Verunglückte kam ins Krankenhaus.

Der am letzten Sonntag in Eßbach, W. Geislingen, beim Besteigen der „Löwin“ abgestürzte und schwer verletzte Tourist Karl Kuffer ist seinen Verletzungen erlegen. Die Leiche wurde nach Stuttgart übergeführt.

**Kleine Nachrichten aus aller Welt.**

Die Ausschreibungen bei den kommunikativen Reichs- und Landesbahnen, die in den letzten Tagen in Berlin haben viel Material zu Tage gefördert, das ohne Zweifel von der kürzlich aufgehobenen Puffschwertversteigerung in Neu-Kölln stammt. So fand die Polizei bei den Ausschreibungen mehrere falsche Pässe, darunter einen, auf den der Abgeordnete Reifer in die Schweiz unterommen hat. Remmele und auch die übrigen von der Polizei gesuchten kommunistischen Abgeordneten sind noch flüchtig.

**Einstellung des Verfahrens.** Wie bekannt wird, hat der Staatsgerichtshof gegen 46 Angeklagte das anhängige Verfahren durch Beschluß eingestellt. Unter diesen 46 Angeklagten befinden sich auch die aus dem Erzberger-Rathenau-Prozess bekannten Günther, Klieschen und Tesch, sowie die im Scheidemann-Prozess genannten Hüster und Döhlhäger, was dafür spricht, daß die Organisation Consul mit diesen Verurteilten nichts zu tun hatte.

**Auffschreckende Verhaftung im Saargebiet.** Der Kommandant der Schutzmannschaft in Saarbrücken, Polizeimajor Doerffert, wurde verhaftet. Die Verhaftung ereignet in der Öffentlichkeit das größte Aufsehen. Wie die Oberstaatsanwaltschaft der „Saarbrücker Landeszeitung“ mitteilt, können einflussreiche Gründe angegeben werden, jedoch glauben wir, daß die Verhaftung darin zu erblicken ist, daß Doerffert einem Bankdirektor, der wegen Unterschlagung festgenommen

werden sollte, zur Flucht verholfen hat. Doerffert selbst ist Deutscher, sein Sohn dient in der französischen Armee. Die französischfreundliche Gesinnung Doerfferts ist, wie die „Landeszeitung“ weiter mitteilt, bekannt, ebenso der Umstand, daß seine Verbesserung vom einfachen berittenen Schutzmann zum Kommandanten der Schutzpolizei wohl hauptsächlich auf seine Gesinnung zurückzuführen sein dürfte. In der Bevölkerung herrsche die Auffassung vor, daß schon seit längerer Zeit in der unter französischer Oberleitung stehenden Polizei des Völkerbundes etwas nicht stimmt.

**Papst Leo XIII. überreichte.** Mittwochabend wurden in Rom die kirchlichen Überreste des Papstes Leo XIII. ohne Gebränge von der einflussreichen Befehlshaberin in St. Peter nach der Kirche San Giovanni in Laterano verbracht. Anfang November findet die feierliche endgültige Beisetzung statt.

**Wahlverbote in England.** Die „Daily Mail“ meldet: Die Regierung erließ einen Befehl an die Offiziere und Mannschaften der britischen Flotte, der ihnen jede aktive Beteiligung an den Wahlen verbietet.

## Handel und Verkehr.

**Die Umbildung der deutschen Reichsbank.** Die neuen Satzungen der Deutschen Reichsbank sind am 21. Oktober von der Reichsregierung genehmigt worden. Die Vertreter von Industrie, Banken, Handel und Gewerbe saßen damit zunächst am Reichsbankrat und Beratungsrat der Deutschen Reichsbank aus. Der Reichsbankrat ist am 11. November eine Generalversammlung der Reichsbank unter Vorsitz des Reichsbankpräsidenten einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Reichsbankpräsidenten und der Reichsbankdirektoren, die Wahl des Reichsbankpräsidenten und der Reichsbankdirektoren, die Wahl des Reichsbankpräsidenten und der Reichsbankdirektoren.

**Wahl der Reichsbankdirektoren.** Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankpräsidenten.** Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankdirektoren.** Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankpräsidenten.** Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankdirektoren.** Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankpräsidenten.** Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankdirektoren.** Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankpräsidenten.** Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankdirektoren.** Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankpräsidenten.** Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankdirektoren.** Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankpräsidenten.** Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankdirektoren.** Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankpräsidenten.** Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankdirektoren.** Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankpräsidenten.** Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankdirektoren.** Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankdirektoren ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

**Wahl der Reichsbankpräsidenten.** Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden. Die Wahl der Reichsbankpräsidenten ist am 21. Oktober durch die Reichsbankversammlung in Berlin durchgeführt worden.

## Deutsche Nachrichten.

**Die deutsche Volkspartei.**

W.B. Berlin, 23. Okt. Wie die „Zeit“ mitteilt, hielt der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei gestern in Berlin eine Sitzung ab, deren Hauptziel den Vorbereitungen zum Wahlkampf galt. Bezüglich der Wahlparole herrschte völlige Einmütigkeit: Die deutsche Volkspartei wird den Wahlkampf selbständig führen, ohne Anlehnung nach links und rechts im Reichstag.

**Von der deutschnationalen Volkspartei.**

W.B. Berlin, 23. Okt. Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei ist zusammengetreten, um den am Montag stattfindenden Parteitag der Landesvereinigenden vorzubereiten.

In einer Bemerkung zu einem Artikel des „Tag“, worin die Frage des Wechsels in der Leitung der Deutschnationalen Volkspartei angeschnitten wird, erklärt es die „Kreuzzeitung“ für dringend erforderlich, daß die Führerfrage umgehend erledigt wird im Interesse eines einheitlichen Aufbaues der Wahlkandidatur.

W.B. Berlin, 23. Okt. In der heutigen Sitzung des Parteivorstands der Deutschnationalen Volkspartei erklärte der bisherige Parteivorstand Hergt, daß er den Parteivorstand niederlege, nachdem die Verhandlungen über die Regierungsumbildung ihr Ende gefunden hätten.

**Die Antwort der belgischen Regierung bez. des Völkerbundes.**

W.B. Berlin, 23. Okt. Wie wir erfahren, ging die Antwort der belgischen Regierung auf das Memorandum der Reichsregierung vom 29. 9. über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund heute in Berlin ein. Die Antwort besagt im wesentlichen, daß die belgische Regierung gegen einen ständigen Ratssitz Deutschlands keine Einwendungen erheben werde. Hinsichtlich der übrigen im Memorandum aufgeworfenen Fragen verweist die belgische Regierung darauf, daß diese zur Kompetenz des Völkerbundes gehören.

**Schulz-Förster.**

W.B. Budapest, 23. Okt. Wie der Pesther Abend-bericht, befindet sich Schulz-Förster noch immer in Polizeihaft, obwohl es schon entschieden ist, daß er aus Ungarn ausgewiesen und abgeschoben wird. Hiernach habe es jedoch seine Schwierigkeiten, da keines der Nachbarländer geneigt sei, Schulz-Förster zu übernehmen. Es werde, so schreibt das Blatt, nichts anderes übrig bleiben, als Schulz-Förster in dem Internierungslager Zoldegerweg unterzubringen.

**Der Deutsche Landwirtschaftsrat fordert die unverzügliche Errichtung einer landw. Kreditbank.**

W.B. Berlin, 14. Okt. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat auf seiner außerordentlichen Vollversammlung einstimmig beschloffen, zu fordern, daß die Errichtung einer landw. Kreditbank unverzüglich vorgenommen wird.

**Ein Probeabstimmung in Amerika.**

W.B. New-York, 24. Okt. Bei einer Probeabstimmung erhielt von 2 300 484 Stimmen Coolidge 1 293 378, Lafollette 496 006 und Davis 487 782 Stimmen.

**Wetter.**

Depressionen aus dem Westen wirken stark auf die Wetterlage im Süddeutschen ein. Bei westlichen Winden ist für Samstag mehrfach bedecktes und auch zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.  
Druck und Verlag der W. Röhrl'schen Buchdruckerei Altmühlweg

## Farbichte Satins

in vielen Farben

Paul Röchle, am Markt, Calw.



## Wir erinnern Sie daran

unser Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ mit dem inhaltsreichen Schwarzwälder Sonntagsblatt für den Monat November zu bestellen! Die Geschäftsstelle. Alle Postanstalten und Postboten, sowie die Austräger und Agenten unserer Zeitung nehmen fortwährend Bestellungen hierauf entgegen.



**Bettbarchente** in vielen Farben und erprobten Qualitäten.  
**Bettfedern** in großer Auswahl.

Einzelne Bettstücke und ganze Betten können in kurzer Zeit fertiggestellt werden.

Damast, Bettzeug, Bettzitz, Leintuchstoffe, Kissenbezugstoffe in überaus großer Auswahl.

Paul Rächle am Markt, Calw.

Turnverein Altensteig.

Samstag Abend gemütlich Beisammensein im „Adler“.

Spielberg.

Fertige Einfaßhemden  
 Flanell-Hemden  
 Unterhosen für Herren u. Knaben  
 Kinderschürzen  
 Ärmelschürzen  
 Trägerschürzen  
 Biereschürzen  
 weiße u. farbige Taschentücher  
 Ia schwarze u. graue Wolle zu den billigsten Preisen empfiehlt

Karl Schäfer.

Kriegerverein  Altensteig.

Am Sonntag, 26. Okt., abends 7 Uhr hält der Verein im „Grünen Baum“ einen

**Unterhaltungsabend**

mit theatralischen Aufführungen zu Gunsten älterer u. kranker Kameraden, und wird hiezu jedermann frdl. eingeladen.

Der Ausschuß.

Eintritt für Mitglieder 50 Pfg. für Nichtmitglieder 1 Mk.

Hofftett — Würzburg.

**Hochzeits-Einladung.**

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Dienstag, den 28. Oktober 1924 im Gasthaus zur Krone in Hofftett stattfindenden Hochzeitsfeier freundl. einzuladen

Joh. Georg Seid

Sohn des Andreas Seid in Hofftett.

Christine Blach

Tochter des Johannes Blach in Würzburg.

Kirchgang um 11 Uhr in Neuweiler.

Spielberg.

Hemdenflanelle für Herren und Frauen Schurzzeuge, farriert blau nur allerbeste Qualität zu den billigsten Preisen empfiehlt

Karl Schäfer.

Altensteig.

Wasserleitungs-Röhren

bester Qualität, in jeder Größe empfiehlt

Heinrich Müller

Flascherei und Installationsgeschäft beim 3 König.

Verkaufe ein ca. 1 Zentner schweres

Schwein.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Gestorbene.

Kirchheim-Teck: Fr. Stohrer, Baurat a. D.

Nagold. Löwen-Eckspiele

Samstag Abend 8.15 Uhr, Sonntag 2.00, 4.30, 8.15.

I. und II. Teil Die Bampire von New-York

Wild-West-Schlager Detektiv in 4 Teilen

I. Teil: Die Geheim-Dokumente

II. Teil: Die Rarberhöhle jeder Teil in 6 Akten

Sowie Lustspiel: Liebe geht durch den Magen in 3 Akten bei guter Musik.

Spielberg.

Sorgho-Besen Stück Mk. 1.80

Ia geruchloses Bodendöl das Liter zu 50 Pfg.

Scheuertücher zu 30 Pfg. empfiehlt

Karl Schäfer.

Altensteig.

Morgen Samstag

**Mekelsuppe**

bei gutem Neuen

wozu höfl. einladet

Fr. Lent z. Kronprinzen.



Vereinigt. Lieder- u. Sängerkranz Nagold 

**KONZERT**

am Sonntag, den 26. Okt. 1924, nachm. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr in der Turnhalle unter Mitwirkung des Collegium musicum vom Landestheater Stuttgart (Flöte, Oboe, Klarinette, Horn, Fagott, Klavier), welches selten gehörte gute Kammermusik darbietet. Der Männerchor des Vereins singt alte Volkslieder. Musik- und Sangesfreunde sind herzlich eingeladen. Eintrittspreis: 2 Mk.

Der Vorstand.

**Wachstücher**

in verschiedenen Breiten in großer Auswahl Paul Rächle, am Markt, Calw.

**Bettfedern u. Betten**

in nur erstklassigen Qualitäten kaufen Sie -billigst

bei Reinhold Hayer, Altensteig

Altensteig.

Von noch sehr günstig gemachten Einkäufen empfehle von frisch eingetroffenen Sendungen

in vorzüglichen Qualitäten:

Campinas-Kaffee gebrannt	1 Pfd.	Mk. 3.—
Borneo-Hebriden	1 „	3.50
Quatemala	1 „	4.—
Neu-Granada	1 „	4.20
Mexiko	1 „	4.50

**Zucker** aus neuer Ernte zu herabgesetzten Preisen

Chr. Burghard jr.

**Geschäftsempfehlung.**

Empfehle mich zum Anfertigen

tannener Schlafzimmer- und Küchen-Einrichtungen

in feinsten Ausführung

Freiz Lehmann, Altensteig.

Liefere sofort nach Altensteig:

**100 Ztr. Zuckerrüben**

per Ztr. zu Mk. 2.80.

Offerten nimmt die Geschäftsstelle d. Bl. entgegen.

Spielberg.

Gewandte, zuverlässige

**Schindeldecker**

sucht sofort

Matthäus Kalmbach, Schindelgeschäft.

Für die

**Sonntagsnummer**

unseres Blattes bestimmte Anzeigen bitten wir möglichst schon am Freitag anzugeben.

**Knabenanzüge**

aller Art, in guter Anfertigung, aus den verschiedensten Stoffen und gestrickt in großer Auswahl

Paul Rächle, am Markt, Calw.